

Neues Gesetz stärkt Beschuldigtenrechte: Österreich setzt auf Sicherheit!

Am 9. Dezember 2024 stellt Wolfgang Gerstl die neuen Beschuldigtenrechte im Strafprozess vor, die Mobiltelefon-Datensicherung regeln und den Grundschutz stärken.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 9. Dezember 2024 wurden wichtige Neuerungen zum Thema Handydatensicherung im Rahmen des Strafprozessänderungsgesetzes beschlossen. Der ÖVP-Verfassungssprecher Wolfgang Gerstl erklärte in der heutigen Sitzung des Budgetausschusses, dass nach langen Verhandlungen eine angemessene Lösung erreicht wurde, die das Urteil des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) berücksichtigt. Dieser hatte entschieden, dass Mobiltelefone und Datenträger nicht willkürlich beschlagnahmt und vollständig ausgelesen werden dürfen. Die neuen Regelungen zielen darauf ab, die Rechte von Beschuldigten zu stärken, um sicherzustellen, dass die Strafverfolgung bei Wahrung der Grundrechte effektiver gestaltet werden kann, wodurch Österreich weiterhin als eines der sichersten Länder gilt, berichtete die APA-Ots.

Zusätzlich wird die Diskrepanz zwischen dem Gesetzesentwurf und den Interessen anderer Fraktionen hervorgehoben. Gerstl äußerte, dass die ÖVP ein öffentliches Hearing mit Experten gewünscht hätte, dies jedoch nicht zustande kam, da andere Fraktionen keinen Nutzen darin sahen. Diese Entwicklung steht in Verbindung mit der kontinuierlichen Diskussion über die Rechte der Beschuldigten und die Qualität der Verteidigung im Strafrecht. Laut einem Artikel von Nomos ist das Recht auf eine

effektive Verteidigung ein zentrales Element eines rechtsstaatlichen Systems. Die Debatte über die Verlagerung der Gewichtung im Ermittlungsverfahren und die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Verteidigung ist damit von großer Relevanz.

Die Reformen reflektieren den anhaltenden Wunsch nach einer Balance zwischen der Wahrung der Grundrechte und der Notwendigkeit einer effizienten Strafverfolgung. Während die neuen Bestimmungen das Ziel verfolgen, einen besseren Schutz der Rechte von Beschuldigten zu gewährleisten, bleibt die Herausforderung bestehen, auch in Zukunft Straftaten erfolgreich aufzuklären und gleichzeitig die fundamentalen rechtlichen Grundlagen eines fairen Verfahrens zu wahren.

Durch diese Überarbeitungen wird die Diskussion über die effektive Verteidigung noch wichtiger, denn die Qualität der Verteidigungssysteme hat direkte Auswirkungen auf den Ausgang von Strafverfahren, wie von **Nomos** analysiert wird.

Weitere Informationen zu den durchgesetzten Änderungen sind in der offiziellen Mitteilung von **APA-Ots** verfügbar.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.nomos-elibrary.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at